

## INHALT

1. CDU-Fraktion setzt sich mit Forderung nach Auseinandersetzung mit DDR-Unrecht im Schulunterricht durch
2. Hochschulpolitik: CDU-Fraktion fordert Umverteilung der freigewordenen BAföG-Mittel
3. CDU hat sich mit Vorschlägen zum Jugendarrestvollzug durchgesetzt
4. CDU setzt Modellprojekte durch
5. HSH-Nordbank: CDU fordert Zentralisierung des Back-Office-Bereichs in Kiel
6. CDU-Fraktion macht Druck beim Thema Altenpflege

14.11.2014

**CDU-Fraktion setzt sich mit Forderung nach Auseinandersetzung mit DDR-Unrecht im Schulunterricht**  
**Debatte über 25-jähriges Jubiläum des Mauerfalls**



CDU-Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Mit einer Debatte über das 25-jährige Jubiläum des friedlichen Widerstandes in der DDR hat der Landtag in Kiel heute morgen seine Beratungen fortgesetzt. Ein Antrag der CDU-Fraktion forderte, dass sich alle Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein umfassend mit der DDR als Unrechtsstaat, mit der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung auseinandersetzen sollen.

Bereits vor fünf Jahren hatte der Landtag diese Notwendigkeit in einem interfraktionellen

Beschluss für eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte an Schulen erkannt. Umfragen haben zwischenzeitlich allerdings ein mangelndes Wissen der Schüler zu diesem Thema ans Licht gebracht.

In seiner Rede gedachte Oppositionsführer Daniel Günther zunächst der Menschen in der DDR, ohne deren Mut der friedliche Fall der Mauer nicht möglich gewesen wäre. „Der 9. November 1989 ist damit der Sieg des Volkes über seine Unterdrücker. Ein Tag der Befreiung.“

Er gab allerdings zu bedenken, er müsse verhindert werden, dass dieses Thema in Vergessenheit gerate. Dazu gehöre, Schülerinnen und Schüler umfassend über das Unrechtsregime aufzuklären. Vor diesem Hintergrund merkte Günther an, dass im heutigen Antrag der Koalitionsfraktionen die Forderung nach einer Auseinandersetzung mit diesem Thema im Schulunterricht ebenso fehle, wie die Feststellung, dass das SED-Regime der DDR einen Unrechtsstaat geschaffen habe.

Als sehr bedenklich stufte Günther ein, dass in Thüringen einer der heftigsten Kritiker von DDR-Gedenkstätten, Bodo Ramelow, Ministerpräsident werden soll. Es sei befremdlich, mit welchem Elan der SPD-Landesvorsitzende Dr. Stegner, den Steigbügelhalter für einen Mann spiele, dessen Partei ein totalitäres Überbleibsel der DDR-Diktatur sei. „Es ist beschämend, mit welchen nachweislich falschen Behauptungen über die Ost-CDU Sie versuchen, die SED zu verharmlosen und die Rolle ihrer Erben zu relativieren.“

Der 9. November 1989 sei eine Mahnung daran, wie kostbar das Gut der Freiheit ist. „Die Menschen in der DDR haben viel riskiert, um ihre Freiheit wiederzuerlangen. Das Erbe dieser friedlichen Revolution darf nicht verschleudert werden!“, so Günther.

Am Ende wurde ein fraktionsübergreifender Antrag beschlossen, der sowohl die Feststellung der fehlenden Legitimation staatlichen Handelns in der DDR, als auch die Forderung enthält, die Schülerinnen und Schüler aller Schulformen mit geeigneten Maßnahmen für dieses Ereignis zu sensibilisieren und sie über die bewegte Teilungsgeschichte Nachkriegsdeutschlands aufzuklären.

Link zum Ursprungsantrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2400/drucksache-18-2452.pdf>

Link zum gemeinsamen und beschlossenen Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2400/drucksache-18-2416.pdf>

---

## Hochschulpolitik: CDU-Fraktion fordert Umverteilung der freigewordenen BAföG-Mittel SPD, Grüne und SSW lehnen zusätzliche Mittel für Hochschulen ab



Hochschulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Volker Dornquast

Als einziges Bundesland hatte Schleswig-Holstein keinen einzigen Cent der vom Bund für die Übernahme von BAföG-Kosten zur Verfügung gestellten 36 Millionen Euro an die Hochschulen weiter gegeben. Die CDU-Fraktion hatte deshalb beantragt, diesen zumindest die Hälfte dieses Geldes zur Verfügung zu stellen.

SPD, Grüne und SSW stellten einen eigenen Antrag, der allerdings ohne konkrete Beschlussanträge auskommt. „In dem Antrag der regierungstragenden Fraktionen liest man viele politische Floskeln. Vier Mal „stellen Sie fest“, „begrüßen“, „bekennen sich“ und „suchen nach Möglichkeiten“. Mit diesen Worthülsen lenken die Regierungsfaktionen nur von den 36 Millionen freigewordenen Euro ab, die nach der freiwilligen Kostenübernahme des Bundes nun irgendwo im Haushalt des Landes versickern“, erklärte der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Volker Dornquast.

Der Bund habe das Geld jedoch ausdrücklich zur Stärkung der Hochschulen an die Bundesländer überwiesen. „SPD, Grüne und SSW ignorieren in arroganter Weise die klar definierten Vorgaben des Bundes. Damit gefährdet diese Regierung jegliche zukünftige Förderungen durch den Bund. Denn es ist natürlich zu erwarten, dass der Bund bei solch einem eklatanten Verstoß von weiteren freiwilligen Zuwendungen Abstand nimmt“, warnte Dornquast.

Die starken Universitäten und Hochschulen blieben das Stiefkind der Landesregierung.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2400/drucksache-18-2415.pdf>

Antrag der Regierungsfaktionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2400/drucksache-18-2412.pdf>

---

## **CDU hat sich mit Vorschlägen zum Jugendarrestvollzug durchgesetzt Landtag verabschiedet neues Gesetz**



Barbara Ostmeier, justizpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

Mit den Stimmen aller Fraktionen – mit Ausnahme der Piraten - verabschiedete der Schleswig-Holsteinische Landtag heute ein Gesetz zum Vollzug des Jugendarrestes.

Die CDU hatte in den Ausschussberatungen einen eigenen Änderungsantrag eingebracht und unter anderem die Aufnahme des Täter-Opfer-Ausgleichs durchgesetzt. „Das Bemühen des Jugendlichen um einen Ausgleich mit dem Geschädigten zu fördern, bietet reale Chancen für Täter und Opfer“, betonte die justizpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Barbara Ostmeier, in ihrem Debattenbeitrag.

Die unmittelbare Erfahrung der Unrechtsfolgen beim Opfer, die ansonsten häufig nicht wahrgenommen oder verdrängt würden, könnten die Einsicht und das Verantwortungsbewusstsein, vielleicht sogar die Verantwortungsübernahme, beim jugendlichen Täter fördern. Ziel müsse es sein, Jugendliche von der Begehung weiterer Straftaten abzuhalten.

Ostmeier wies allerdings auch darauf hin, dass die CDU den Gesetzentwurf der Landesregierung an einigen Stellen als zu abstrakt bewerte. Jetzt sei zu beobachten, wie sich das Gesetz in der Praxis bewähre.

---

## **CDU setzt Modellprojekte durch Landtag stellt Weichen für mögliche Jugendberufsagenturen**

Wie kann jungen Menschen der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf erleichtert werden? Über diese Frage diskutierte heute der Landtag abschließend. In einem interfraktionellen Antrag, der ohne die Stimmen von FDP und Piraten beschlossen wurde, fordern die CDU- und die Regierungsfractionen die Landesregierung auf, Kooperationen vor Ort zu unterstützen. In einer ersten Phase soll in zwei Modellkommunen nach dem Vorbild Hamburgs eine Jugendberufsagentur errichtet werden. Mit dieser Forderung hatte sich die CDU-Fraktion durchgesetzt. Bei einem Erfolg der Modellprojekte könnten weitere Jugendberufsagenturen auf den Weg gebracht werden.

„Nun ist es soweit: Wir müssen endlich an den Start gehen, und in den beiden Modellkommunen prüfen, ob das Hamburgische Stadtstaatenmodell auch auf das Flächenland

Schleswig-Holstein so übertragbar ist“, betonte der jugendpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Hinrich Neve, in seinem Debattenbeitrag.

Mit der Jugendberufsagentur soll eine Ansprechstelle für Jugendliche geschaffen und alle Akteure bei der Berufsausbildung an einem Ort zusammengeführt werden.

Das Ministerium für Schule und Berufsausbildung soll evaluieren und dem Bildungsausschuss vor den Sommerferien 2015 über die Ergebnisse berichten.

Antrag von CDU, SPD, Grüne und SSW

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2400/drucksache-18-2404.pdf>



Hans-Hinrich Neve, jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

---

### **HSH-Nordbank: CDU fordert Zentralisierung des Back-Office-Bereichs in Kiel Nord-Union will Abbau von 250 Stellen in Kiel verhindern**

Mitte der Woche wurde bekannt, dass der Vorstand der HSH-Nordbank 500 weitere Stellen abbauen will. Finanzministerin Monika Heinold erklärte, der Stellenabbau müsse – wie im Staatsvertrag vereinbart - „proportional“ erfolgen. Das würde bedeuten, dass am Standort Kiel 250 Stellen verloren gehen. Die CDU-Fraktion hatte das Thema daraufhin mit einem Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung des heutigen Plenartages setzen lassen.

Koch widersprach der Darstellung von Finanzministerin Monika Heinold, dass der zusätzliche Abbau von 500 Arbeitsplätzen eine Konsequenz aus den bisherigen Auflagen der EU-Kommission wäre. „Der Personalabbau als Folge der von der EU verordneten Verkleinerung der Bank ist bis Ende 2014 vollständig abgeschlossen. Um so erstaunlicher ist es, dass Landesregierung und Regierungsfaktionen noch am selben Abend grünes Licht für diese Pläne der Bank gegeben haben“, erklärte Koch.

Ein Stellenabbau am Standort Kiel sei nicht alternativlos! Bei einer kritischen Analyse der Kostenstrukturen der Bank sei festgestellt worden, dass sich die Bank als Webfehler aus der Fusion vor 10 Jahren immer noch teure Doppelstrukturen leisten würde. Dadurch würden in Hamburg und in Kiel je Mitarbeiter 1,8 Arbeitsplätze vorgehalten. „Angesichts eines solchen betriebswirtschaftlichen Unsinns kann es für eine Bank, die sich in einer schwierigen Restrukturierungsphase befindet, doch nur heißen: Doppelstrukturen abbauen, Abteilungen zentralisieren und am jeweils geeignetsten Standort zusammenlegen“, forderte Koch.

Für Kundengeschäft und Vertrieb möge dabei sicherlich der Standort Hamburg mit seinem

internationalem Flair bessere Rahmenbedingungen bieten. Für alle übrigen Funktionen, die sich im Hintergrund abspielten, weise der Standort Kiel aber einen deutlichen Kostenvorteil auf. „Hier stehen Flächen im eigenen Gebäude der Bank leer, während diese in Hamburg teuer angemietet werden. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen wäre es deshalb sinnvoll, mehrerer hundert Arbeitsplätze von Hamburg nach Kiel zu verlagern“, so Koch.

Er forderte die Landesregierung auf, sich für diese Lösung einzusetzen.



Finanzexperte der CDU-Fraktion, Tobias Koch

---

## **CDU-Fraktion macht Druck beim Thema Altenpflege Land soll Hilfskräfte nachqualifizieren**



Katja Rathje-Hoffmann, Sozialexpertin der CDU-Fraktion

Das Wort „Pflegenotstand“ ist mittlerweile zum feststehenden Begriff geworden. Auch in Schleswig-Holstein fehlen immer mehr qualifizierte Pflegekräfte. Heute wurde im Landtag ein Antrag der CDU-Fraktion diskutiert, der einen Schritt zur Lösung des Problems aufzeigt: Bislang als Hilfskräfte Tätige sollen die Möglichkeit erhalten, sich in einem verkürzten Verfahren zur examinierten Pflegekraft zu qualifizieren. Die Ausbildung würde dann von drei auf zwei Jahre verkürzt.

„Diese Nachqualifizierungen gab es bereits 2012 unter der Beteiligung der Altenpflegeschulen Neumünster, Kiel und Tornesch“, erklärte CDU-Sozialexpertin Katja Rathje-Hoffmann im Landtag. Sie forderte von der Landesregierung ein Konzept, welches einerseits hilft, den

Fachkräftemangel zu verhindern und andererseits Personen motiviert, einen qualifizierten Abschluss anzustreben. Beide von der Union vorgeschlagenen Maßnahmen liegen in der Zuständigkeit des Landes.

Die Regierungsfractionen stellten dem einen Antrag gegenüber, der im wesentlichen Forderungen an die Bundesregierung richtet. Beide Anträge wurden in den Ausschuss überwiesen.

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2300/drucksache-18-2372.pdf>

Link zum Antrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2300/drucksache-18-2335.pdf>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)